Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 347. Montag den 13. December 1886. 80. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die Fischereimeister Herren

**Carl Wilhelm Müller und Carl Kneisel**

angewiesen haben, die Flüsse, Fischteiche und Teiche hiesigen Stadtbezirks, soweit dieselben als **Eisbahnen** benutzt werden, mit Ausschluß der öffentlichen Eisbahn am Schleußiger Wege, während des gegenwärtigen Winters sorgfältig zu überwachen.

Es ist daher den Anordnungen derselben sowohl seitens der Inhaber der Eisbahn als auch seitens der die Eisbahn Besuchenden unbedingt Folge zu leisten.

Insbesondere ist das Betreten des Eises und das Schlittschuhlaufen, wenn solches auf der fraglichen Eisbahn von den Obengenannten für unbedenklich erklärt worden, verboten. Es haben auch die Inhaber der Eisbahnen auf bezügliche Anordnung und namentlich bei eingetretenem Thauwetter den Zutritt zu ihren Bahnen ferner nicht zu gestatten. Befinden sich auf Eisbahnen, welche betahren werden können, eisfreie oder nicht genügend sichere Stellen, so sind dieselben in gehöriger Weise abzusperren.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Leipzig, am 7. December 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
IX. 11056. Dr. Georgi. Heunig.

### Vermiethung.

Das der Stadtgemeinde gehörige, aus **Erdgeschoß** und **vier Stockwerken** bestehende **Hausgrundstück Thomasgäßchen Nr. 8**, in welchem zuletzt **Bäckerei** betrieben worden ist, soll **vom 1. April 1887** an zu **gleichem oder ähnlichem Zwecke**, bez. zu Wohnungen

**Freitag, den 17. dieses Monats Vormittags 11 Uhr**

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, gegen **einjährige Kündigung** an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarienverzeichniß des zu vermiethenden Hauses schon von dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Die Besichtigung des Hauses kann am 13. und 14. d. M. in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags erfolgen.

Leipzig, den 6. December 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 6505. 6984. Dr. Georgi. Stötz.

### Ausschreibung.

Für den Neubau des Siechenhauses hierselbst werden
1) die Schlosserarbeiten
2) die Maler- und Anstreicherarbeiten
hierdurch ausgeschrieben.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 5) entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**Neubau Siechenhaus, „Schlosserarbeiten" bez. Neubau Siechenhaus, „Maler- und Anstreicherarbeiten"**
bis zum 20. December c., Nachmittags 5 Uhr, daselbst einzureichen.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Anbietenden, bezw. auch die Theilung der Arbeiten, sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 8. December 1886.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 7147. Dr. Georgi. G.

## Nichtamtlicher Theil.

### Leipzig, 13. December 1886.

* Es fängt an, sich im Volke zu regen. Im ersten oldenburgischen Wahlkreise wird, wie der „Hannoversche Courier" schreibt, eine Kundgebung von Wählern vorbereitet, welche sich entschieden für Annahme der Militairvorlage aussprechen und den Abgeordneten des Kreises (es ist der deutschfreisinnige Herr Prapping) auffordern wollen, für die Regierungs-Vorlage zu stimmen. Es wird aufgefordert, auch in anderen Wahlkreisen, deren Abgeordneter der Militairvorlage nicht günstig gesinnt erscheint, Aehnliches zu unternehmen.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Frage des russisch-französischen Kriegsbundes:

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei der Berufung des neuen französischen Cabinet Goblets wesentlich die Aussicht auf Rußland mitgewirkt hat; wenn lediglich die inneren Verhältnisse in Frankreich den Ausschlag gegeben hätten, wäre ein Ministerium Floquet zu Stande gekommen, ein solches aber hätte das erbitterte Bündniß mit Rußland wegen der polenfreundlichen Vergangenheit und des radicalen Charakters dieses Mannes aufs Aeußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Nichts kann bezeichnender sein als dieser Vorgang für die Alles zurückdrängende Herrschaft, welche der Schaude eines russisch-französischen Kriegsbundes bereits über die Gemüther in Frankreich ausübt. Selbst für die Vermeidung, die Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten nach den Anregungen des Selbstherrschers an der Newa eingerichtet, haben diese doch so stolzen und empfindlichen Republikaner nachgerade jedes Gefühl verloren. Es muß aber doch bezweifelt werden, ob das neue Ministerium, welchem von vornherein der Stempel der Kurzlebigkeit und der augenblicklichen Verlegenheitsaushilfe aufgeprägt ist, das aber die Unbeständigkeit und Unsicherheit aller politischen Verhältnisse in Frankreich wieder einmal recht deutlich zum Ausdruck gebracht hat, anderweit die Neigung verspürt, sich mit dieser gährenden Masse näher zu befassen. Der russisch-französische Kriegsbund ist in den letzten Jahren immer mehr als ein Factor der europäischen Politik hervorgetreten, mit dem man fast wie mit einer feststehenden Thatsache zu rechnen hat. Eigentlich ist freilich nicht einzusehen, was für zwingende Bewegründe Rußland veranlassen könnten, der französischen Kriegsmacht zu ihrer Befriedigung zu verhelfen; was dies eventuell ergiebt Land mit einer immer mehr dem fortgeschrittensten Radicalismus verfallenden Republik in einen an sich unnatürlichen Bund zu bringen und dagegen zwei Länder in einen Krieg zu stürzen vermöchte, die eine uralte Tradition und die Gemeinsamkeit vieler Interessen auf Freundschaft anweist. Wenn das russische Volk und Staatswesen von einem überspannten Streben nach Ausdehnung und Machterweiterung ergriffen ist, so kann das Ziel dieses Strebens doch nur im Orient, in Asien und auf der Balkanhalbinsel liegen. Es wird sich auch in Rußland Niemand ernstlich einbilden, im Fall eines glücklichen Kriegs etwa ein Stück Ostpreußen vom deutschen Reich losreißen zu können. An den Schicksalen des Orients aber, das kann nicht oft genug hervorgehoben werden, ist keine europäische Großmacht mit ihren Interessen weniger betheiligt als Deutschland. Ein zwingender Grund, warum Rußland gerade mit Deutschland wegen der Machtfragen im Orient in Krieg gerathen sollte, und ein entsprechender Gewinn, den Rußland aus einem glücklichen Krieg mit Deutschland davontragen könnte, ist nicht zu erkennen. Wir werden daher auch nicht der Hoffnung entsagen, daß schließlich in Rußland die ruhige vernunftige Ueberlegung über die rohen Triebe der Leidenschaft siegen wird, und darum möchten wir auch die Erwarterung des deutsch-französischen Kriegs nicht für gerade unvermeidlich halten. Aber solche Erwägungen dürfen uns freilich nicht abhalten, uns auch auf die schlimmsten Wendungen gefaßt zu machen und uns nach Kräften zu rüsten, um dieselben abzuwenden oder zu einem glücklichen Ausgang zu führen. Behalten schließlich die Optimisten Recht, so sind die gebrachten Opfer leichter zu verschmerzen, als es zu ertragen und zu verantworten wäre, wenn wir im Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens unsere Rüstungen vernachlässigt hätten und dann durch schlimme Ereignisse überfluthet würden, daß dies Vertrauen ungerechtfertigt gewesen.

* Ein königlicher Hofwagen holte in Berlin am Freitag den Erzbischof von Prag Grafen Franz Schönborn aus dem Hotel de Rome nach dem Palais zur Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser ab. Bekanntlich unterstehen in der Provinz Schlesien namentlich in der Grafschaft Glatz einige katholische Enclaven der Erzdiöcese Prag, und aus diesem Verhältniß ergab sich die Nothwendigkeit, daß der Nachfolger des Cardinal-Erzbischofs Fürsten Schwarzenberg auf dem bischöflichen Stuhl von Prag sich dem König von Preußen persönlich vorstellte. Begleitet vom Minister des Cultus von Goßler, wurde der Erzbischof durch den Flügeladjutanten vom Dienst Oberst-Lieutenant von Petersdorff in das Audienzzimmer Seiner Majestät des Kaisers eingeführt. Dann geleitete der Ober-Hofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin Graf Nesselrode den Erzbischof hinauf in das Gemach der Kaiserin, die ihn, umgeben von ihrem Hofe, empfing. Der Erzbischof, im Alter von vielleicht 42 Jahren, ist von hoher schlanker Gestalt, die ausdrucksvollen Züge des länglichen Gesichts sind scharf und fein gezeichnet. Er ist eine Erscheinung voll Bornehmheit und wie für den kirchlichen Purpur geboren. Er war in Cappa in einer hellvioletten Soutane mit rothen Aufschlägen und der rothen Priesterbinde und in langem seidenen Mantelzug gleicher Farbe. Auf der Brust glänzte das goldene Bischofskreuz an goldener Kette. Der Erzbischof gehört der österreichischen Linie der Schönborns an und steht mit der Hauptlinie der fränkischen nur in einem Geschlechtszusammenhang. Seine Mutter ist eine geborene Reichsgräfin von Brühl. Am Sonnabend hat der Erzbischof auch den kronprinzlichen Herrschaften seine Aufwartung gemacht und ist dann einer Einladung Ihrer Majestäten zur Tafel gefolgt.

* Im bayerischen Officiercorps haben sich die Beförderungsverhältnisse durch die große Zahl der Pensionirungen, welche im letzter Zeit erfolgt sind, erheblich gebessert. Nach den letzten Militair-Wochenblättern haben stattgefunden 5 Beförderungen zu Obersten, 11 zu Oberstlieutenants, 27 zu Majors, 35 zu Hauptleuten bezw. Rittmeistern und 35 zu Premierlieutenants. Es ist dies eine für zwei Armeecorps außerordentlich große Zahl. Bei der Infanterie ist bereits der größere Theil der Hauptleute von 1875 zum Major befördert, während vor einer kurzen Zeit noch Hauptleute aus dem Feldzuge 1870—71 vorhanden waren. Ebenso sind jetzt sämmtliche Premierlieutenants, die 1866 Officier geworden sind, zu Hauptleuten befördert und der Jahrgang 1870 ist bereits stark in Angriff genommen. Bei den Secondelieutenants ist der Jahrgang 1876 fast ganz zum Premierlieutenant befördert und ein Theil der Lieutenants aus 1877 ist auch bereits befördert, so daß hier die Verhältnisse besser sind als in Preußen.

* * *

* Nach Mittheilungen, die der „Nationalzeitung" aus Petersburg zugehen, wäre der Empfang des Generals Kaulbars bei dem Zaren ein ungemein frostiger gewesen; der Zar schreibe das Mißlingen der Mission den persönlichen Mißgriffen des Generals zu. Auch die sehr scharfen Rathschläge, die Kaulbars gegeben und welche die Occupation als einziges Mittel bezeichneten, die Stellung Rußlands in Bulgarien wieder herzustellen, hätten die kaiserliche Billigung nicht gefunden. Der Mißerfolg der Mission Kaulbars soll auf diesem sitzen bleiben.

* Der Wortlaut der Circular-Note, welche zur Empfehlung der Candidatur des Fürsten von Mingrelien die Pforte unterm 4. d. M. an ihre auswärtigen Vertreter gerichtet, ist folgender:

„Seit den letzten Ereignissen in Bulgarien bietet die Situation in diesem Fürstenthume eine unverschiedene. Es ist wahr, daß die provisorische Regierung sich bemüht, die Ordnung aufrecht zu erhalten; allein solange man sich dort vor entgegengesetzten Elementen befindet, welche die Interessen des Landes von verschiedenen Gesichtspuncten ins Auge fassen, ist jedem Augenblick unvorhergesehenen Eventualitäten Thür und Thor geöffnet. Die aus diesem Stande der Dinge hervorgehenden Nachtheile sind geeignet, direct die kaiserliche Regierung zu berühren, welche sonach gleich den Großmächten Werth darauf legen muß, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten verschwinden, ohne einen Grund zur Wiederholung unerwarteter Zwischenfälle zurückzulassen. Mit Recht besorgt wegen der Vacanz des fürstlichen Thrones, haben sich die Bulgaren wegen Designirung des zu wählenden Candidaten bereits an den sacrosanten Hof, ihre höchste legitime Autorität, gewendet. Inzwischen hat auch die russische Regierung die Candidatur des Fürsten von Mingrelien vorgeschlagen, und die kaiserliche Regierung hat nach Constatirung, daß hinterlist Grund zur Ablehnung dieses Antrags vorliege, im Hinblick auf die rasche Lösung der Frage ihre Zustimmung gegeben, in der Ueberzeugung, daß auch die anderen Mächte ihrerseits ihre Zustimmung nicht versagen werden. Indem Sie auf das Vorstehende die Aufmerksamkeit der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, lenken, werden Sie derselben unsere Hoffnung ausdrücken, daß sie uns ihr wohlwollendes Einwirkung leihen werde in Betreff der Verfügungen, welche die kaiserliche Regierung wegen der Wahl des Fürsten von Mingrelien in Sofia empfehlen zu sollen erachten wird."

* Der frühere italienische Ministerpräsident Marco Minghetti ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, im Alter von 68 Jahren gestorben. Im Jahre 1848 gehörte Minghetti der vom Papst Pius IX. berufenen Consulta, sowie später dem liberalen päpstlichen Cabinet an, um sich jedoch bald darauf in das Lager Karl Albert's von Sardinien zu begeben. Mit Cavour befreundet, wurde er im Jahre 1859 zum Generalsecretair im Ministerium des Aeußeren ernannt, sowie ein Jahr darauf mit dem Portefeuille des Inneren betraut. Noch in verschiedenen anderen Stellungen gehörte Minghetti der Regierung an, bis er den Vorsitz im sogenannten Ministerium der Conservativen übernahm. Im Ministerium Menabrea fungirte er als Ackerbauminister und war nach seinem Rücktritte mit der Leitung der Opposition betraut, als er im Juli 1873 an die Spitze des Coalitionsministeriums berufen wurde und zugleich das Finanzportefeuille übernahm. Nach seinem Sturze im Jahre 1876 trat er wieder in die Reihen der Opposition; erst in den letzten Jahren vollzog sich eine gewisse Annäherung an Depretis. Mag der nunmehr Verstorbene immerhin als Politiker sich manchen Irrthum haben zu Schulden kommen lassen, so war er doch stets ein warmherziger Patriot, der sich auch als Nationalökonom, insbesondere bei der Beseitigung des Defizits, große Verdienste um sein Vaterland erwarb.

* Die Führer der beiden tonangebenden Parteien in England, Lord Salisbury und Lord Hartington, haben das Bündniß der Tories mit den liberalen Unionisten behufs Ermöglichung einer kräftigen, zielbewußten Regierungsaction in ihren neuesten rednerischen Kundgebungen thatsächlich proclamirt. Es versteht sich von selbst, daß die Spitze dieses Bündnisses gegen das Treiben der von Gladstone inspirirten Separatisten gekehrt ist und so zu einem eminenten Vertrauensvotum für das herrschende System wird. Nicht als ob auch nur eine einzige der beiden paciscirenden Parteien der andern irgend welche principiellen Zugeständnisse an ihr Programm machte; vielmehr blieben alle wesentlichen Puncte politisch doctrinairen Inhalts, betreffs welcher die Meinungen der Conservativen und Liberalen auseinandergehen, ungeschmälert aufrecht erhalten. Von Niemandem wird verlangt, daß er auch nur ein Jota seiner subjectiven Ueberzeugung preisgeben soll; alle Meinungsstreitigkeiten treten zurück vor der großen Lebensfrage, den staatserhaltenden Bestrebungen der Gladstonianer in England und Schottland, der Parnelliten in Irland, einen festen Damm entgegen zu setzen. Conservative und Unionisten begegnen einander auf dem Boden des britischen Reichsgedankens. Innerhalb des Rahmens dieses letzteren ist für die gesonderten Bestrebungen beider Parteien vollkommen genügender Spielraum vorhanden; ihr fester Zusammenschluß bethätigt sich aber alsbald, wo es die Bekämpfung des gemeinsamen Gegners gilt. Das von den Führern der Parteien angestrebte Compromiß stellt der Regierung eine feste Unterhausmehrheit zur Verfügung und erfüllt somit die Grundbedingung aller ersprießlichen Geschäftsführung. Den gesunden Menschenverstand über parteidoctrinaire Bestrebungen triumphiren zu sehen, ist in den Tagen des modernen Parlamentarismus ein wegen seiner außerordentlichen Seltenheit denkwürdiges Schauspiel. Auch jenseits des Canals hat es lange Kämpfe gekostet, bis unter dem Druck der unerbittlichen Thatsachen die traditionelle Kluft zwischen den Conservativen und dem einsichtsvollen Theile der Liberalen überbrückt werden konnte; nun es aber geschehen ist, zögert der gesunde Sinn der Parlamentspolitiker auch nicht, den errungenen Erfolg auch praktisch zu verwerthen. Das Vorhandensein einer verläßlichen parlamentarischen Regierungsmehrheit wird den englischen Zuständen ein Maß von Festigkeit verleihen, das man in den letzten Jahren daselbst schmerzlich vermißt hat.

* In Birma droht den unablässigen Kämpfen der Engländer mit den fälschlich als Insurgenten bezeichneten Freischärlerbanden der Eingeborenen eine höchst bedenkliche Ausdehnung, da der englische Oberbefehlshaber General Roberts unvorsichtig genug ist, die unabhängigen Bergstämme der Schans aufzustören. Die Schans, durch das ganze nördliche Bergland von Hinterindien verbreitet, haben es verstanden, sich sowohl gegen den Herrscher von Birma wie gegen den von Siam ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Als die Engländer den blutdürstigen Thibo abtaten, wurden die Schans durch dieses Ereigniß zunächst ganz nicht berührt; sie mochten sogar erfreut sein, daß ein so gefährlicher Nachbar aus dem Wege geräumt wurde. Aus ihrer neutralen Haltung wurden die Stämme indeß allmälig herausgedrängt, als der Freischärlerkrieg in Ober-Birma begann. Wie die meisten Bergvölker pflegen auch die Schans als Arbeiter in den benachbarten fruchtbaren Niederungen ihren Unterhalt zu suchen. Solche in Birma eingewanderte Schans nahmen, in eigenen Banden zusammengeschart, an dem Kleinkrieg gegen die Engländer Theil. Zunächst versuchte nun die englische Heeresleitung durch Verhandlungen die Stämme selbst und deren Häuptlinge zum Ruhehalten zu bewegen. Das ist auch eine Zeit lang gelungen. Mehrere englische Abgesandte gingen in die Berge und erklärten den Häuptlingen, daß die Unabhängigkeit der Stämme ganz unangetastet bleiben solle, so lange sie sich ruhig verhielten. Das Hauptverdienst bei diesen Unterhandlungen gebührt einem Mr. Pilcher, dem seine Kenntniß der Schan-Sprache trefflich zu Statten kam. Leider ist dieser brauchbare Beamte vor Kurzem von dem mörderischen Klima dahingerafft worden. Mittlerweile rüstete der Oberbefehlshaber eine Expedition nach den im Innern Birmas gelegenen Rubinenbergwerken aus, die hauptsächlich von Schans bewohnt werden. Die einheimischen Pächter jener dem Staate gehörigen werthvollen Bergwerke haben nun diese Schans bewaffnet und sind zum zähen Widerstande entschlossen. Dadurch wird die Ausdehnung des Kampfes auf die Schanstämme selbst fast unvermeidlich. Anstatt nun, ehe er sich auf solche neue Zwiste einläßt, erst die Niederwerfung des Aufstandes im eigentlichen Birma abzuwarten, hat General Roberts ebenwohl beschlossen, sofort noch eine andere starke Expedition in das Gebiet der Schans zu entsenden, welche dort wichtige strategische Posten besetzen und die Häuptlinge zur Aufnahme sogenannter Residenten, d. h. englischer Beamten, die mit der Bevormundung der Eingebornenregierungen beauftragt sind, zwingen soll. Da hat man sich auf eine Vermehrung und Verschlimmerung der fast täglich vom birmanischen Kriegsschauplatze eintreffenden Berichte von Scharmützeln und Ueberfällen gefaßt zu machen, die den Engländern viele Menschenleben kosten und ihnen doch keine greifbaren Vortheile einbringen.

* Die fenische Brüderschaft in New-York macht bekannt, daß O'Donovan Rossa von dem Ausschusse der jüngsten irisch-nationalen Convention des Betruges, Verraths und beharrlicher Verletzung ihrer Verfassung in finanziellen Dingen, sowie auch grober Indiscretion schuldig befunden wurde. Aus diesem Grunde wurde er ausgestoßen. Rossa bezeichnet indeß diese Angaben als durchaus unbegründet.

## Aus dem Reichstage.

§§ Berlin, 11. December. Militair-Commission des Reichstags. Nach der Pause nahm Abg. Freih. v. Wöllmarth (Reichspartei) das Wort. Er war der Ansicht, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes, mit Ausnahme der Socialdemokraten, für die Vorlage sein. Die Nation wolle nicht verweigern, was nothwendig sei zur Vertheidigung des Vaterlandes. Er selbst erkläre sich für die Vorlage in allen ihren Theilen, mit besonderem Nachdruck betonte Redner die Nothwendigkeit der Vermehrung der Artillerie. Abg. Hasenclever (Socialdem.) erklärte, daß er bei den bekannten Stellung, welche seine Partei der Vorlage gegenüber einnehme, eigentlich die Absicht gehabt habe, sich an der Generaldebatte nicht zu betheiligen. Die Ausführungen des Freih. v. Wollmarth nöthigten ihn jedoch zu kurzer Erwiderung. Die gegenwärtige Vorlage nütze nichts zur Vertheidigung des Vaterlandes, wenn Gefahr im Verzuge sei. Wenn aber eine directe und unmittelbare Gefahr für das Vaterland überzeugend nachgewiesen würde, dann sei er und seine Freunde jederzeit bereit, derjenigen Gesetze und Mittel zu bewilligen, welche geeignet seien, dieser Gefahr wirksam entgegenzutreten. Redner stellte darauf die Frage an den Minister, wieviel es komme, daß in Deutschland 40,000 Personen sich der Controle entzögen, während in Frankreich nur 6000 Reactanten vorhanden seien, ob dies die Folge einer besonderen Abneigung der Deutschen gegen den Militairdienst sei oder durch überstrenge Disciplin bewirkt werde. Dem Kriegsminister gab er den Rath, nicht so eifrig auf Durchberathung der Vorlage vor Weihnachten zu drängen, da frühere parlamentarische Vorgänge bewiesen, daß viele Mitglieder des Reichstags vor den Ferien ein entschiedenes „Nein" einer Regierungsvorlage zugerufen hätten, die durch Familienbeziehungen und den Einfluß gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer Heimath sich bestimmen ließen, nach den Ferien ebenso entschiedenes „Ja" auszusprechen. Er und seine Partei stimmen trotzdem gegen die Vorlage, was nicht ausschließe, bei den verschiedenen Positionen für einzelne Amendements zu stimmen, um die Vorlage zu Gunsten des Volkes zu mildern. Kriegsminister v. Bronsart erwiderte, daß er bedauere, daß sich in Deutschland eine so große Zahl von Gestellungspflichtigen der Uebertretung entziehen, keinen anderen Grund kenne, als den großen Auswanderungstrieb, der gerade die Deutschen beseele. Keineswegs sei der Grund für diese Erscheinung in der Behandlung der Soldaten im deutschen Heere zu suchen. Der Herr Minister berichtigte sodann eine gestern mitgetheilte Aeußerung, welche dahin ging, daß die Zahlen wachsender seien bei den europäischen Heeren, aus der Seite, der sie beseele. Er halte viel darauf, daß ein frischer Volksgeist in der Armee herrsche. Sodann suchte Abg. Richter [illegible] eine Reihe von Zahlen des Herrn Regierungscommissars zu widerlegen. Derselbe wies auf einige Widersprüche hin, die seiner Ansicht nach in der Rede des Majors Habersing enthalten seien, besonders zeitlich der französischen Heeresverhältnisse. Er suchte nachzuweisen, daß durch die Bewilligung der Vorlage Unmittelbar Dispositionsurlauber — circa 20,000 Mann — vom 1. April nächsten Jahres ab wieder eingezogen würden. Die Vorlage bedeute also eine Verlängerung der Dienstzeit. Fünf Monate habe man in Frankreich gebraucht, um die Vorlage des Kriegsministers Boulanger zu berathen, und bei uns erhebe man in einigen Personenzügen bereits Vorwürfe, daß die Vorlage nicht sofort en bloc angenommen werden sei. Er wenigstens brauche Zeit, um die Vorlage gründlich zu berathen. Kriegsminister von Bronsart: Eine Verlängerung der Dienstzeit werde durch die Vorlage nicht bezweckt, denn Niemand würde über die Dauer der gesetzlichen Dienstpflicht herangezogen. Die deutsche Kriegsstärke sei nicht so groß, wie sie vielfach angesehen würde. Die daher vom Herrn Minister gegebenen Zahlen sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Auf die russische Heeresstärke übergehend, erklärt der Minister, daß es unendlich schwieriger sei, diese genau zu ermitteln als die französische. Das liege an der Abgeschlossenheit der russischen Presse und an dem dortigen Regierungssystem, welches gerade in Militairsachen mit großer Strenge über die Geheimhaltung ihrer Pläne und Absichten wache. Bei den Franzosen liege es insofern anders, als man dort die Kriegsstärke leicht aus dem Etat ersehen könne. Aus diesem gehe aber auch hervor, daß die Heeresmacht Frankreichs durch die viel größere Zahl der Rekruten, welche ausgehoben werden sollen, in den nächsten Jahren in hohem Maße sich steigere. Deswegen müsse er im Auftrag stellen, daß auch nach Annahme der gegenwärtigen Vorlage es nicht ausgeschlossen sei, daß später die verbündeten Regierungen auf eine weitere Erhöhung der Friedensziffer der Armee hinwirken. Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) hält die russische Kriegsgefahr für außerordentlich groß und empfiehlt die Annahme der Vorlage schon auf diesem Grunde. Aber auch von Lichen drohe Gefahr. Das Boulanger'sche Gesetz bringe für die Zukunft eine ungeheure Heeresvermehrung, welcher durch die Vorlage entgegengewirkt werden müsse. Redner bedauert, daß keine Mittheilungen des Auswärtigen Amts über die europäische Lage vorliegen, aber als einfacher Zeitungsleser vermöge man schon die jetzige gefährliche Lage zu erkennen. Boulanger werde in Frankreich als der Mann angesehen, der bald losschlagen werde, denn liege allein schon die Kriegsgefahr bei dem heißblütigen Charakter und dem Chauvinismus der Franzosen. Abg. Rickert hält die eingehendste Berathung aller Einzelheiten der Vorlage für erforderlich und hebt hervor, daß eine Verständigung über das Gesetz nur möglich sei, wenn die Regierung auf pflichtmäßige größere Beurlaubungen während der Dienstzeit eingehe. Nachdem der Kriegsminister nochmals die Dringlichkeit der Vorlage betonte, wurde die Debatte vertagt. Nächste Sitzung Montag Vormittags 10 Uhr.

## Universität.

K. Wh. Leipzig, 13. December. Die Universitätsbibliothek erhielt soeben von einem älteren Freunde unserer Hochschule für ihre Bildnißsammlung von Lehrern und Beamten der „alma mater" eine bei Karl Bellach hier nach einer größeren Aufnahme angefertigte Photographie des früheren ersten Pedells Fr. Ferdinand Nitschwitz zum Geschenke. Nitschwitz war der Herausgeber und Redacteur der ersten 60 Personalverzeichnisse der Universität Leipzig, sowie des allmälig den lateinischen Lectionskataloge vorhergehenden Vorlesungsverzeichnisses. Heute sind es gerade 25 Jahre, daß der liebenswürdige, gebildete und humane Beamte durch einen plötzlichen Tod abgerufen wurde. Referent widmete ihm in diesen Blättern seinerzeit einen Nachruf, aus dem heute nur zu erwähnen sein dürfte, daß Nitschwitz aus Zwickau stammte, dort das Gymnasium besuchte und absolvirte, hier (ich glaube zuerst Medicin) studirte und seit dem 19. März 1826 als Pedell fungirte. Er wurde einige Wochen über 60 Jahre alt. Nitschwitz' Verdienst um die Personalstatistik unserer Hochschule dürfte ein um so größeres sein, als, wie es scheint, die Veröffentlichung der „unter Oberaufsicht der akademischen Behörden" Personalverzeichnisse anfangs wenigstens kein eigenes Unternehmen oder ein mit der Druckerei Starke gemeinsam geschaffenes Werk war. Nitschwitz, dessen Familie ursprünglich adelig gewesen war, führte auch, wie uns von berufener Seite mitgetheilt wird, die Redaction des bei Starke erscheinenden „Leipziger Adreßbuches", bevor Herr Alexander Edlemann vor 30 Jahren das ganze Buch zeitgemäß umgestaltete und in Schwung brachte. Auch das „Leipziger Adreßbuch" trägt in früheren Jahrgängen auf seinem Titel den Vermerk „Mit Königl. Sächs. allergnädigstem Privilegium und unter der Universität Aufsicht". Die Hochschule hatte von ihren Professoren immer einen als Aufseher über die Kalender angestellt. Im Jahre 1831 z. B. war Prof. Dr. W. Traugott Krug, derzeitiger Rector, mit diesem Amte betraut.